

NATIONALRAT

Geschäftsprüfungskommission

P r o t o k o l l

der

Sitzung vom 14./15. November 1977 in Bern

Parlamentsgebäude, Zimmer III

Vorsitz: Hr. Nationalrat Müller-Balsthal  
Anwesend: HH. Nationalräte Barchi, Frau Blunschy, HH. Bratschi, Bretscher, Bussey, Canonica, Corbat, Diethelm, Gut, Haller, Jelmini, König, Meier Kaspar, Müller-Luzern, Frau Ribí, HH. Rippstein, Sauser, Schaffer, Schärli, Tschumi  
 HH. Chevalier und Clerc, Sekretariat GPK  
Protokoll: Frl. Wüthrich (deutsch)  
 Hr. Reymond (franz.)  
Entschuldigt: HH. Nationalräte Bochatay und Riesen

Traktandum

Behandlung des Berichtes der Arbeitsgruppe Jeanmaire

## BEHANDLUNG DES BERICHTES DER ARBEITSGRUPPE JEANMAIRE

Hr. Präsident Müller-Balsthal: Der Bericht der Arbeitsgruppe Jeanmaire ist allen Mitgliedern rechtzeitig zugestellt und auch der Presse Ende Oktober vorgestellt worden. Wir haben uns aber vorbehalten, den Bericht in den Geschäftsprüfungs- und Militärkommissionen eingehender zu behandeln, eventuelle Ergänzungen anzubringen und Anträge zu stellen. Die beiden Militärkommissionen haben ihn bereits behandelt, während die ständerätliche Geschäftsprüfungskommission dies am 24. November tun wird. Unsere Kommission hat nach Durchberatung zu entscheiden, ob der Bericht tel quel zu überweisen ist oder ob ergänzende Beschlüsse aufzunehmen sind. Es ist vorgesehen, den Bericht in der Dezember-Session im Rat zu behandeln.

Hr. Müller-Luzern: Der Bericht ist in der Oeffentlichkeit im grossen und ganzen gut bis sehr gut aufgenommen worden, mit einigen Ausnahmen. Die auffälligste Kritik stammt von Herrn Allgöwer, der den Bericht so mager findet, dass man ihn zurückweisen müsste. Eine weitere negative Stimme war in der Schweiz. Handelszeitung zu lesen. Es wird der Kommission zum Vorwurf gemacht, dass keine Köpfe gefordert werden.

Als Milizparlamentarier sind wir überall an die Grenzen des Möglichen gestossen. Um gewisse Fragen vertieft zu behandeln, hätte die Untersuchung bis zu zwei Jahren dauern können. Es war aber unser Ziel, den Bericht in der Dezember- oder Januar-Session vor die Räte zu bringen, um anschliessend den Blick wieder auf wesentlichere Dinge richten zu können. Es war auch nicht unsere Absicht, die Probleme zu lösen, sondern diese aufzuzeigen. So bringt der Bericht eine Analyse der Tatbestände; er ist eine Art Problemerkatalog. Die entsprechenden Aufträge sind durch die Kommissionen zu erteilen. Wir werden heute zu beschliessen haben, welche Fragen weiter zu verfolgen sind, sei es durch ein Departement oder eine der Kommissionen. Der Bericht wird sich erst durch diese weiterführende Aufgabe auswirken.

Hr. Präsident Müller-Balsthal: Entgegen ihrer ursprünglichen Absicht hat die Arbeitsgruppe nur einen Bericht erstattet, der für die Kommissionen und die Oeffentlichkeit bestimmt ist. Zusätzliche Informationen (geheimer Natur) sollen den Mitgliedern der Kommissionen anlässlich der Behandlung des Berichtes gegeben werden.

### Zum Bericht der Subkommission I

Diese Kommission befasste sich mit der Beförderung von Jeanmaire, mit den Beförderungen in Generalsränge allgemein, mit dem Qualifikationssystem in der Armee auf den Stufen Unteroffiziere und Offiziere bis zum Obersten sowie mit der Geheimhaltung.

- 2 -

Beförderung von Jeanmaire:

Wir stellen im Bericht zwei Phasen fest: der Einsatz Jeanmaires bis zu seiner Ernennung zum Brigadier und die Zeit seines Einsatzes als Brigadier ab 1969. Die kritischen Bemerkungen über seine Qualifikationen, seinen Charakter, sein Auftreten und Gehaben beziehen sich mehrheitlich auf die Zeit vor 1969, als er noch nicht Brigadier war. Wir stellten eindeutig fest, dass er sich mit dem Verschwinden der Frustration, d.h. mit seiner Beförderung zum Brigadier nach aussen recht gut gehalten hat und als tüchtig bezeichnet werden konnte. Bei der Evaluation im Jahre 1968 war er der einzige Mann, der als Waffenchef der Luftschutztruppen in Frage kam, da er der einzige im Luftschutz tätige Generalstabsoffizier war. Als Architekt brachte er gute Voraussetzungen für die Führung der Luftschutztruppen mit; zudem war er praktisch bilingue. Aufgrund dieser Eigenschaften hat die KML seine Beförderung nur oberflächlich behandelt. Vermutlich wurde der Vorschlag durch den Generalstabschef und anschliessend durch den zuständigen Bundesrat vertreten. Wie den Aussagen von Mitgliedern der damaligen KML (HH. Hirschy und Gygli) zu entnehmen war, hätte man Jeanmaire damals nicht richtig gekannt; vor allem seien sein Vorleben, sein Charakter und seine unterschiedliche Leistungsfähigkeit nicht bekannt gewesen. Wir waren überrascht, wie klar Generalstabschef Gygli erklärte, er habe Jeanmaire nicht gekannt und auch sein Vorleben nicht. Aus dem Echo der Verwaltung vernahmen wir dann, dass es Gygli nicht recht war, eine solch eindeutige Erklärung vor der Arbeitsgruppe abgegeben zu haben. Wir wollten daraus keine Sensation, keinen "Fall Gygli" machen und haben die Sache auf sich beruhen lassen.

Beförderung in die Generalsränge

1968 fehlte eine längerfristige Planung für die Generalsränge. Wir können aber feststellen, dass Offiziere mit einem Lebenslauf wie Jeanmaire aufgrund des heutigen Qualifikations- und Evaluationsverfahrens nicht mehr befördert würden. Die unhaltbare Situation (Beförderungen aus dem Handgelenk) wurde 1969 eindeutig erkannt. Aufgrund eines Exposés des damaligen Unterstabschefs der Gruppe Planung wurde eine grundlegende Personalplanung für Generalsränge eingeführt. Nach dieser neuen Regelung ist es möglich, die Beförderungen seriös und frühzeitig zu planen. Bereits im 4. Quartal wird mit der Sichtung der Kandidaten für Beförderungen in den nächsten 15 Monaten, d.h. für den 1. Januar des übernächsten Jahres begonnen. Die Unterlagen der in Frage kommenden Herren sind heute vollständiger und umfassender. Wir hatten die Möglichkeit, die Personalblätter der heutigen Anwärter auf Generalsränge einzusehen und konnten die erzielten Fortschritte feststellen. Verbesserungsmöglichkeiten sind aber auch bei diesem System noch vorhanden (z.B. für Anwärter, die nie in der Verwaltung tätig waren und der KML zu wenig bekannt sind).

- 3 -

### Qualifikationssystem

Wir sind uns bewusst, dass die Öffentlichkeit hinsichtlich Qualifikationssystem in der Armee grosse Erwartungen in die Arbeitsgruppe Jeanmaire setzte. Es war aber nicht unsere Aufgabe, das Qualifikationssystem vollständig umzukrempeln und neue Vorschläge auszuarbeiten; dies wäre Sache einer Expertenkommission, die ihre Arbeiten erst in zwei bis drei Jahren abliefern könnte. Wir werden zum System einige grundlegende Bemerkungen machen, worauf zu entscheiden ist, welche Kommission dieses Qualifikationssystem intensiver zu prüfen und generelle Verbesserungsvorschläge an den Bundesrat auszuarbeiten hat.

Wie wir feststellen konnten, ist das Qualifikationssystem auf gewissen Stufen gut; so z.B. für angehende Unteroffiziere in den Rekrutenschulen sowie bei den Vorschlägen für die Offiziersschule. Die jungen Leute werden während 17 Wochen nicht nur aus der Sicht von Erfahrung und Beobachtung beurteilt, sondern von vier zu vier Wochen sehr streng, objektiv und kritisch qualifiziert. Wir sind uns bewusst, dass das Qualifikationssystem für die übrigen Grade, vom Oberleutnant bis zum Oberst, seine Schwächen hat. Die Milizoffiziere müssen aufgrund kurzer Dienstleistungen beurteilt werden. Zudem ist es psychologisch schwierig, strenge Qualifikationen zu erstellen über Offiziere, die man gut kennt, die aus dem gleichen Kanton stammen und mit denen man auch im Zivilleben zusammenarbeiten muss. Aus eigener Erfahrung kann ich bestätigen, dass um des lieben Friedens willen oft eher zu positive Qualifikationen abgegeben werden. Hier ist nun die Arbeitsgruppe der Meinung - und dies wurde uns von Korpskdt Wildbolz bestätigt -, dass ein Offizier einerseits in seiner gegenwärtigen Funktion, andererseits aber auch im Hinblick auf eine mögliche nächste Stufe zu qualifizieren ist. Ein konkretes Beispiel: Ein Hauptmann kann für die Führung seiner Kompanie sehr gute Qualifikationen erhalten; für die Stufe des Bataillonskommandanten aber müsste er (im Hinblick auf die grössere Verantwortung und Führungsaufgabe) viel kritischer und nach andern Kriterien beurteilt werden. Diese generelle Idee der Kommission müsste noch gründlicher erarbeitet werden, sei es durch die GPK oder die Militärkommission.

### Geheimhaltung

Die Kommission stellt zuhanden der Öffentlichkeit fest, dass es in der Armee Tausende von Geheimnisträgern gibt; jeder Soldat nimmt Geheimnisse mit nach Hause (z.B. der Landwehrosoldat aus seinem Einsatzgebiet rund um die Festungswerke und Bunker).

Die Vorschriften der Geheimhaltung sind gut. Wichtig ist, dass sie streng genug gehandhabt werden, und zwar auch gegenüber vertrauenswürdigsten Geheimnisträgern, zu denen auch Jeanmaire gehörte. Auch bei diesen höchsten Rängen ist die Zahl der

- 4 -

ihnen bekannten Geheimnisse einzuschränken. Es ist nicht notwendig, dass jeder Kommandant und jeder Stabsoffizier über ein umfangreiches Dossier von Geheimnissen verfügt, die er nicht benötigt. Hier ist die Kontrolle einzusetzen. Die Kommandanten aller Stufen sind verantwortlich für die strenge Handhabung der Geheimhaltungsvorschriften wie auch für die Ueberprüfung der Listen der Geheimnisse, die sie weitergeben.

Hr. Müller-Luzern: Wie der Fall Jeanmaire zeigt, haben sich die Dimensionen der Kriegsführung verändert. Wenn es früher üblich war, in Offiziersrängen viel zu trinken, so geht es heute nicht mehr an, dass solche Leute zu wichtigsten Positionen mit grosser Verantwortung gewählt werden, da sie in besonderer Weise gefährdet sind. Jeanmaire hat neben militärischen Geheimnissen auch Auskünfte über Parlamentarier und andere wichtige Leute weitergegeben. Aufgrund von Psychogrammen, welche die Russen erstellen, wissen sie genau, wer für einen Verrat allenfalls in Frage kommen könnte. Bei Jeanmaire stiessen sie auf Eigenschaften, bei denen sie einhacken konnten; Denissenko hat diesen Plan mit grösster Raffinesse durchgeführt. Er hat Jeanmaire dort zu nehmen gewusst, wo er verletzbar war: beim Ehrgeiz. Jeanmaire war wegen seiner schlechten Charaktereigenschaften nicht rechtzeitig in höhere Ränge aufgestiegen und war unzufrieden. Denissenko hat diesen Punkt benutzt und Jeanmaire mit Komplimenten schlagartig gewinnen können. Denissenko, der ein gebildeter, hochkultivierter Mann mit feinen Umgangsformen war, verstand es, das Vertrauen Jeanmaires zu gewinnen, und Jeanmaire hat ihm offenbar den Offiziersetat, ein Dokument ohne allzu grosse Bedeutung, angeboten. Dadurch hat er sich bereits in eine ungute Situation begeben. Das Dokument hat er anlässlich eines Empfanges auf der russischen Botschaft, zu dem er zehn Minuten zu früh erschien, in einer Praliné-Schachtel übergeben. Zu diesem Zeitpunkt hätte er sich aber jederzeit noch zurückziehen können, denn diese Gefälligkeit bedeutete noch keinen Landesverrat. Denissenko hat auch Frau Jeanmaire, die in Russland geboren war und von ihrem Vater viel über die russischen Offiziere der Zarenzeit gehört hatte, einen besondern Eindruck gemacht; sie sah in ihm den Typ des Zarenoffiziers. Ausgerechnet diesen Mann haben die Russen bei Jeanmaire eingesetzt. Dieses Vorgehen scheint mir bezeichnend zu sein. Leute mit schwachen Charaktereigenschaften müssten von uns selbst besser im Auge behalten werden.

#### Diskussion:

Hr. Kaspar Meier stellt ganz allgemein fest, dass bei den recht grossen Erwartungen, die in die Arbeitsgruppe Jeanmaire gesetzt wurden, doch recht wenig herausgekommen ist. Meines Erachtens hätte man in Ziffer 8 des Berichtes die Feststellungen, Schlussfolgerungen und Anträge klar auseinander halten sollen.

- 5 -

In der öffentlichen Kritik wurde beanstandet, dass die Verantwortlichkeiten nicht klar festgestellt wurden. Offenbar hat die Arbeitsgruppe nicht einmal abgeklärt, wer den Antrag zur Beförderung Jeanmaire zum Brigadier gestellt und in der KML vertreten hat.

Ferner bezweifle ich, dass das Qualifikationssystem in den untern Rängen gut ist; Beispiele aus der Praxis beweisen das Gegenteil. Die Instruktoren haben bezüglich Auswahl der Offiziers- und Unteroffiziersanwärter m.E. einen zu grossen Einfluss. Es ist zu berücksichtigen, dass es neben guten auch mittelmässige und schwache Instruktoren gibt. Bei Qualifikationen muss sich der Kompaniekommandant oft dem Entscheid des Instruktors fügen.

Zur Geheimhaltungspflicht: Viel zu viele Dokumente werden als geheim bezeichnet, was dann dazu führt, dass die Geheimhaltungspflicht nicht mehr ernst genommen wird.

Hr. Sauser unterstützt Herrn Kaspar Meier in seiner Auffassung hinsichtlich Beförderungssystem. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, konnte beim Beförderungssystem für die Generalität eine Verbesserung erzielt werden, so dass Jeanmaire heute nicht mehr zum Brigadier befördert würde. Wie wir immer wieder hören, war Jeanmaire dem Alkohol verfallen, unter dessen Einfluss er sich allerhand leistete. Es ist verwunderlich, dass ein solches Verhalten als Major weitere Beförderungen nicht verhinderte. Vorsicht wäre hier am Platz gewesen, wenn man bedenkt, dass ein Mann unter Alkoholgenuss viel anfälliger und wenig vertrauenswürdig ist. Ich frage mich, ob dies heute wirklich besser ist in der Armee. Gegenwärtig nimmt die Weinpropaganda in der Armee wieder überhand. In dienstlichen portofreien Couverts wird eine Weinaktion durchgeführt. Gewisse Leute fühlen sich fast verpflichtet, Wein zu bestellen im Hinblick auf eine eventuelle Beförderung. Dieses Vorgehen sollte durch unsere Kommission abgeklärt werden.

Hr. Diethelm ist im allgemeinen vom Bericht befriedigt. Bei vier Abschnitten hätte ich allerdings eine etwas klarere Formulierung der Eindrücke der Kommission gewünscht.

Zu 3.2 - Politische Einflüsse auf die Wahl hoher Offiziere: In den untern Rängen werden jeweils die Kantonsregierungen um ihre Meinung ersucht; auch bei der Gemeindeverwaltung und bei Persönlichkeiten der Gegend werden Erkundigungen über die persönlichen Verhältnisse eingezogen. Bei obern Rängen sollen die politischen Einflüsse sehr gewichtig sein. Dies wird im Bericht m.E. zu wenig akzentuiert.

Zu 4.4 - Auswirkungen des Verrates: Auch hier übt die Kommission m.E. zu grosse Zurückhaltung. Der Bericht ist unter diesem

- 6 -

Abschnitt ausserordentlich knapp, fast nichtssagend. Ich vermisse einige präzise Bemerkungen, was und wo verraten wurde, welche Informationen und Dokumente Jeanmaire ausgehändigt hat und (andeutungsweise) welches die finanziellen Konsequenzen für unsern Staat sein werden.

Zu 5.3 - Beurteilung der Vorkehrungen im Fall Jeanmaire: Jeanmaire hat während 14 Jahren Spionagetätigkeit ausgeübt, ohne dass dies in unserem kleinen Land bemerkt wurde. Vergleiche mit Verrätern in grossen Staaten sind m.E. nicht möglich. In einem kleinen Land kennt ein grosser Teil der Leute die Offiziere. Wenn Jeanmaire während 14 Jahren auf der russischen Botschaft ein- und ausging, hätte dies auffallen müssen. Ich selbst habe Jeanmaire an zwei offiziellen Anlässen (Einweihungsfeiern von Zivilschutzbauten) miterlebt. Ich war schockiert über sein Verhalten in vorgerückter Stunde. Dass gewisse Kreise, die sein Verhalten kannten, ihn nicht besser kontrollierten, ist mir unerklärlich.

Zu Punkt 8 möchte ich die Auffassung von Herrn Kaspar Meier unterstützen. Bei den Schlussfolgerungen sollten m.E. die Anträge nuancierter hervorgehoben werden.

Hr. Barchi ist der Meinung, dass nicht unbedingt ein kausaler Zusammenhang besteht zwischen dem seinerzeit unbefriedigenden Beförderungssystem für die Generalsränge und dem Verrat von Jeanmaire; der Fall Jeanmaire hat aber das damals unbefriedigende Beförderungssystem enthüllt.

Laut Ausführungen von Herrn Müller-Luzern erstellen die Russen Psychogramme über alle wichtigen Persönlichkeiten. Es wäre aber falsch, wenn wir nun in unserer Armee über die Offiziere ebenfalls solche Psychogramme erstellen würden. Ehrgeiz beispielsweise ist kein Vorwurf; auch ein frustrierter, ehrgeiziger Mann braucht noch kein Verräter zu sein. Wir müssen in unserer Beurteilung vorsichtig sein. Der Fall Jeanmaire ist ein eigenartiger Fall: als ausgesprochener Kommunistengegner hat er unser Land ausgerechnet den Kommunisten verraten.

Zum Beförderungssystem: Es trifft zu, dass bei uns jeder Instruktor zum Obersten befördert wird, gleichgültig ob er sich dazu eignet. Es wird im Bericht erwähnt, dass die Zentralschule II schwierig sei. Ist es aber nicht eine Komödie, wenn Leute, die bereits 50 Jahre alt sind, noch eine Prüfung abzulegen haben? Richtig wäre m.E., wenn die Instruktoren mit 30 Jahren einer strengen Prüfung unterzogen würden; aufgrund der Ergebnisse wären sie in zwei Kategorien zu klassieren: einerseits die Instruktoren, die prädestiniert sind für höhere Posten und andererseits die weniger fähigen Leute, die nicht höher als bis zum Major befördert werden sollten. Auf diese Weise könnte eine Pyramide geschaffen werden.

- 7 -

Grosse Wichtigkeit messe ich auch einer Verjüngung der hohen Kader zu. Darüber ist im Bericht nichts zu finden. Warum muss ein Brigadier 55 und ein Divisionär 57 Jahre alt sein? Nach einem neuen Beförderungssystem sollte es möglich sein, Instruktoren bereits mit 40 Jahren zum Brigadier zu befördern. Ich kenne die Verhältnisse im EMD: es gibt unfähige Leute, die trotzdem Karriere machen können; alles wird programmiert (einige Jahre hier, einige Jahre dort, Kommandant hier oder dort). Nach einigen Jahren beim EMD wird ihnen ein Kommando übertragen, übernehmen sie Aufgaben, die sie nicht verkraften können. Bei den Instruktoren müsste das Beförderungssystem in dem Sinne geändert werden, dass die Tüchtigsten eine raschere Karriere machen können. Dies wäre sowohl im Interesse der Armee wie auch der tüchtigen Leute.

Frau Blunschy: Typisch am Bericht der Arbeitsgruppe ist die Feststellung, dass keine krassen Fehler aufgedeckt wurden. Dass Fehler passieren können, ist menschlich. Beim Lesen des Berichtes erhält man aber den Eindruck, dass noch Einiges zwischen den Zeilen stehe. Deshalb noch einige Fragen:

Zur Beförderung: Offenbar war Jeanmaire der einzige Anwärter für die Stelle des Luftschutzkommandos. Dies scheint mir ein bedenklicher Mangel in der Beförderungspraxis zu sein; dies soll mit dem neuen Beförderungssystem behoben worden sein.

Bei der Charakterüberprüfung sind Fehler unterlaufen, die wahrscheinlich heute noch üblich sind. Laut Bericht werden von Vorgesetzten Berichte eingeholt, nicht aber von Gleichgestellten und Untergebenen. Die Qualifikation durch einen Vorgesetzten ist nicht immer richtig, weil sich der Kandidat zusammennimmt und sich bemüht, bei seinem Vorgesetzten einen möglichst guten Eindruck zu machen. Gegenüber Gleichgestellten und Untergebenen gibt er sich so, wie er wirklich ist. Diese Tatsache sollte bei den Qualifikationen mitberücksichtigt werden. Auch bei den Untergebenen im Militär hat es qualifizierte Leute, die aufgrund ihrer Tätigkeit in Zivilleben in der Lage sind, charakterliche Eigenschaften zu erkennen und darüber einen Bericht abzugeben.

Ich vermisse auch Angaben, ob bei Beförderungen ebenfalls über die Ehefrau und die Familie Erkundigungen eingezogen werden, wie dies z.B. bei der Auswahl der Diplomaten der Fall ist. Frau Jeanmaire ist ja bekanntlich ebenfalls ins Strafverfahren mit einbezogen worden. Bei Beförderungen in Generalsränge müssten vielleicht auch weitere Frauenbeziehungen in die Prüfung mit einbezogen werden.

Zur Alkoholfrage: Alkoholmissbrauch ist nach aussen sichtbar. Es ist schwer verständlich, dass gravierende Vorfälle bei der Beförderung Jeanmaires nicht berücksichtigt wurden. Die



- 8 -

Frage des Alkoholmissbrauchs wird im Militär zu leicht genommen, besonders auch im Hinblick auf die vielen Fahrzeuglenker.

Spionagegefahr: Werden die höhern Offiziere regelmässig über die Methoden der ausländischen Agenten informiert, damit sie nötigenfalls gewappnet sind?

Hr. Canonica: Ich hatte Gelegenheit, das Beförderungssystem von unten her kennen zu lernen. Auch ein Brigadier beginnt seine Karriere als Rekrut und Korporal. Es stellt sich die Frage, ob nicht schon bei der ersten Auslese grobe Fehler gemacht werden. Ich selbst habe gesehen, wie Schulkameraden und Kameraden der RS zu höhern Posten in der Armee gekommen sind, obschon ihre Qualifikationen nicht besser waren als die meinige. Von einer Demokratisierung in der Armee habe ich nichts gemerkt. Gewisse charakterliche Mängel werden schon in der RS sichtbar; bei den einen werden sie berücksichtigt, bei andern nicht. Zu dieser Problematik äussert sich der Bericht nicht.

Mit Herrn Kaspar Meier bin ich der Auffassung, dass die Schlussbemerkungen ein Durcheinander von Feststellungen, Anregungen und Anträgen sind. Man weiss nicht, wie diese Feststellungen zu interpretieren sind.

Aufgrund der Debatte im Parlament und auch aufgrund der heutigen Diskussion stelle ich fest, dass ich zu den Wenigen gehöre, die mit Jeanmaire keinen Militärdienst gemacht haben. Viele Leute haben ihn also gekannt, aber niemand fand Mittel und Wege, die Beförderung zu verhindern. Seine Fehler werden erst aufgedeckt, nachdem er nun zum Verräter geworden ist.

Wie steht es mit der Kontrolle? In den Gemeinden werden beispielsweise die Lehrer durch die Schulpflege unter die Lupe genommen. Welche Organe überprüfen unsere höchsten Offiziere? Diese Kontrolle sollte m.E. nicht durch ein Berufsorgan, zusammengesetzt aus Kollegen, sondern durch ein Volksorgan erfolgen. Es könnten auch Leute sein, die wenig von Militär verstehen, die aber die Einstellung und den Charakter beurteilen können. Wie ich von höhern Offizieren gehört habe, ist Jeanmaire nicht die einzige zweifelhafte Figur in den obern Rängen.

Hr. König dankt vorerst für die geleistete Abklärungsarbeit und stellt fest, dass der Schlussbericht zuhanden der Öffentlichkeit erstattet wird. Als Mitglied der GPK erwarte ich aber ausführlichere Antworten auf verschiedene Fragen:

- Wie war eine Beförderung Jeanmaires zum Brigadier möglich?
- Warum dauerte es 14 Jahre, bis der Verrat entdeckt wurde?
- Welche Konsequenzen werden daraus gezogen?

Zur Beförderungsfrage: Hat sich die Arbeitsgruppe die Beförderungsakten der KML vorlegen lassen? Warum werden im Bericht die für die Beförderung Verantwortlichen nicht genannt?

- 9 -

Geheimhaltung: Die im Bericht enthaltenen Feststellungen sind nicht neu. Der gegnerische Agent wird selbstverständlich zuerst die Schwächen des Kandidaten genau abklären. Auch wir sollten die Lebensführung des Anwärters genau prüfen, und zwar schon in einem frühern Stadium. Es geht namentlich um die Familienverhältnisse, um Alkohol, Frauen und um die finanziellen Verhältnisse.

Hr. Bratschi: Wie die Diskussion zeigt, wird sich die GPK auch weiter mit diesem Fall beschäftigen müssen; denn jetzt beginnt erst die Detailarbeit. Ich möchte noch etwas zurückblenden: Für den Fall Jeanmaire wurde eine Spezialkommission eingesetzt aus Mitgliedern der beiden Militärkommissionen und der beiden Geschäftsprüfungskommissionen. Als erstes Ziel hatte sie die Frage abzuklären, wie es zu einem Fall Jeanmaire kommen konnte. Bei der Untersuchung ergaben sich zwei Schwierigkeiten:

1. Wir hatten keine Einsicht in die Strafakten. Wir waren auf einen Mitbericht des Bundesrates angewiesen. Die wichtigsten Punkte, die Jeanmaire nachgewiesenermassen verraten hat, wurden uns bekanntgegeben; doch konnten wir nicht feststellen, wie schwer diese zu gewichten sind. Jeanmaire hat bekanntlich von einem gewissen Zeitpunkt an nichts mehr ausgesagt.
2. Bei der Eruiierung über das Vorgehen bei Jeanmaires Beförderung stiessen wir ebenfalls auf Schwierigkeiten. Es wollte sich niemand mehr richtig erinnern, auch die einvernommenen Mitglieder der damaligen KML nicht; seither sind zehn Jahre verstrichen und Protokolle wurden nicht erstellt. Unterlagen zum Vorschlag gibt es nicht. Wer den Vorschlag machte, war nicht mehr festzustellen.

Unsere Kommission kam zum Schluss:

- Die Beförderungspraxis in die Generalsränge war damals (1966/67) unbefriedigend; doch ist seither eine wesentliche Verbesserung eingetreten. Ob weitere Verbesserungen möglich sind, wird die Militärkommission abzuklären haben.
- Bei den Beförderungen auf den untern Stufen ist sicher auch nicht alles in Ordnung; das heutige System scheint nicht optimal zu sein. Dies zu untersuchen ist ebenfalls Sache der Militärkommission. Unseres Erachtens wird bei der Beförderung der Charakter zu wenig berücksichtigt. Wo Menschen sind, gibt es immer wieder Ungerechtigkeiten. Das können wir auch mit dem besten System nicht ändern. Wir können aber fordern, dass nicht nur die militärischen, sondern auch die menschlichen Qualifikationen berücksichtigt werden.
- Spionageabwehr: Diese Fragen weiter zu untersuchen, ist Sache der GPK.

- 10 -

M. Corbat: Ce rapport, dans sa première moitié, nous donne ce qui devait être fait en cherchant à cerner le mieux possible les questions. Il ne fallait pas aller beaucoup plus loin, sinon nous risquions de sombrer dans la chasse aux sorcières. On peut trouver des gens véreux dans les trois domaines politique, judiciaire ou militaire.

En revanche ce qui m'apparaît beaucoup plus important, c'est la deuxième partie du rapport et que nous devions constater si notre Etat est encore suffisamment protégé contre les luttes des services inouïs d'espionnage et de contre-espionnage que se livrent les grandes puissances sur notre territoire et si nous devons accepter cet affrontement chez nous, si d'autre part notre service de renseignement est encore à la hauteur de sa tâche et si nous remplissons toujours notre statut de neutralité.

Par conséquent j'estime que nous devrions aborder cette partie car, au départ et comme l'a dit M. Diethelm, il est tout de même curieux de constater que l'on ne se soit pas aperçu de telles activités pendant quatorze années. Nous vivons à l'heure d'une très haute guerre psychologique à tous les niveaux et il faut tout de même se rendre à l'évidence que ce n'est pas Jeanmaire qui a commencé à trahir son pays, mais que c'est une puissance étrangère qui s'est servie de cet individu pour obtenir des renseignements. Il serait donc peut-être opportun que nous sachions si dans notre politique de défense nous sommes suffisamment vigilants vis-à-vis des puissances étrangères.

Hr. Schaffer: Auf Seite 6 des Berichtes wird festgestellt, dass die Arbeitsgruppe das Schwergewicht darauf legte, Tatbestände zu erfassen. Herr Bratschi hat nun darauf hingewiesen, dass noch grosse Detailarbeit zu leisten sei. Ein entsprechender Hinweis fehlt aber in den Schlussfolgerungen.

Bei der Frage der Qualifikation stellt die Arbeitsgruppe fest, dass nicht geprüft werden konnte, wie die subjektiven Beurteilungsmassstäbe durch objektive ersetzt werden könnten. Auch die Frage einer Qualifikation durch Gleichgestellte und Untergebene musste offen bleiben. Sicher ist dies ein schwieriges Problem, denn auch ein Verurteilter kann sehr unterschiedlich beurteilt werden. Jede Beurteilung ist individuell. Ein Einzelner kann zu einem Fehlurteil kommen. Hier müsste eine Demokratisierung möglich sein, indem nicht einer allein Beurteilungen vornehmen kann.

In den Schlussfolgerungen ist keine klare Richtung enthalten, wie und in welcher Richtung nun vorzugehen ist.

- 11 -

Hr. Präsident Müller-Balsthal: Wir wollten in der Arbeitsgruppe bewusst der GPK nicht alles vorwegnehmen, wie z.B. die Formulierung bestimmter Anträge an das Parlament und die Aufteilung der Weiterbearbeitung der Themen.

Hr. Müller-Luzern: Wir haben den Katalog der Probleme aufgestellt in der Meinung, dass GPK und Militärkommission entscheiden werden, was näher zu untersuchen sei.

Welches ist der Umfang des Verrates und seiner finanziellen Auswirkungen? Eine Antwort ist nicht möglich. Die Bundesanwaltschaft hat aufgrund sehr vager Verdächtigungen und eines vagen Hinweises Jeanmaire während eines Jahres beschattet und besass am Ende keine sichern Anhaltspunkte. Die totale Ueberwachung hat nur wenig Hinweise ergeben, auf die man ohne die übermittelte Verdachtsäusserung nicht gekommen wäre. Jeanmaire stritt zuerst alles ab, hat dann aber nach und nach etwas zugegeben, bis es zum Durchbruch kam. Doch hat er sich anschliessend wieder auf eine Linie zurückgezogen und ist nicht mehr darüber hinausgegangen, auch im Prozess nicht. Wir wissen effektiv nicht, ob er mehr verraten hat, als er zugab. Deshalb hat sich unsere Arbeitsgruppe nicht mit der Frage befasst, was er verraten hat, sondern was er hätte verraten können. Dieses Ausmass ist natürlich sehr gravierend. Wenn auch sein Wissen nicht umfassend war, so wusste er doch sehr viel. Wenn er alles verraten hat, was er wissen konnte, dann ist der Verrat äusserst schwerwiegend.

Ebensowenig sind die finanziellen und militärischen Auswirkungen feststellbar. Schon während der Zeit von Jeanmaires Verrat haben gewisse Umorganisationen stattgefunden, von denen Jeanmaire keine Kenntnis hatte. So hat er Bereiche, die für uns wichtig sind, nicht verraten können. Was hat er aber wirklich verraten und welche Schlüsse sind daraus zu ziehen? Dies abzuklären ist Sache der militärischen Behörde und nicht des Parlaments. Es besteht ein enormes Interesse, die Russen nicht wissen zu lassen, was Jeanmaire zugegeben hat. Sie dürfen auch nicht erfahren, woher der Typ gekommen ist; aus Deutschland kam er jedenfalls nicht.

Verantwortlich für die Beförderung: Wir sind dieser Frage nachgegangen. Protokoll wurde keines erstellt. Bei den Beratungen der KML war nicht einmal deren Sekretär anwesend. So ist nirgends festgehalten, wer den Vorschlag machte und ob eventuelle Einsprüche erhoben wurden. Herr Korpskdt Studer hat in unserer Kommission - wenige Wochen vor seinem Tod - dazu Stellung genommen. Er erklärte, dass ihn diese Frage enorm beschäftige und er darunter leide. Wenn er sich aber in die damalige Lage zurückversetze, würde er wahrscheinlich gleich vorgehen, weil nur ein Fachmann für diese Truppen zur Verfügung stand und es nicht angezeigt gewesen wäre, von einer andern Waffengattung einen Kommandanten auf diesen Posten zu holen.

- 12 -

Herr Gygli machte sich die Sache leichter: er wusste einfach nichts mehr; dies scheint mir sehr schwerwiegend zu sein. Jedermann in der Armee hatte diese sagenhafte Figur gekannt.

Die Zusammenfassung in unserem Bericht ist nicht als abschliessende Gesamtfeststellung zu betrachten, sondern vielmehr als eine Art Gedächtnisstütze, die alle heute zur Diskussion gestellten Probleme aufzeichnet.

Mit Herrn Canonica bin ich der Meinung, dass man mit einer Objektivierung der Qualifikationen bereits in der RS ansetzen müsste. Es war aber nicht Aufgabe der Arbeitsgruppe, diese Idee weiterzuverfolgen.

Zu Frau Blunschy: Dass nur ein einziger Mann für die Luftschutztruppen zur Verfügung stand, ist darauf zurückzuführen, dass diese Waffengattung neu geschaffen wurde und Jeanmaire als einziger Oberst mit dieser Truppe gross geworden war und später über die nötigen Spezialkenntnisse verfügte.

Ich teile ihre Meinung, dass bei der Beurteilung eines Anwärters auf höhere Posten auch "die Frau" mit einbezogen werden sollte. Es scheint, dass das neue Verfahren mit den Personal-dossiers in einigen Fällen dazu geführt hat, dass Beförderungen auf verantwortungsvolle Posten wegen Frauengeschichten nicht vorgenommen wurden.

Zu Herrn Diethelm: Bei Beförderungen ist es üblich, dass Ratsmitglieder sich an den Bundesrat wenden, um einen gewissen Mann zu empfehlen. Im Fall Jeanmaire liegt ein Brief von Herrn Schürmann vor, der sich als direkter Unterstellter von Jeanmaire für diesen einsetzte. Er war überzeugt, dass Jeanmaire für diesen Posten qualifiziert war. Im Luftschutz hat sich Jeanmaire irgendwie gefunden und wirkte ausgeglichener als früher.

Hr. Präsident Müller-Balsthal gibt seiner Genugtuung Ausdruck, dass die Kommission den Bericht der Arbeitsgruppe kritisch durchleuchtet.

Trotz den Erwartungen der Öffentlichkeit konnten wir nicht Sensationen bringen, die nicht vorhanden waren. Eine Sensation wäre es vielleicht gewesen, wenn auch heute die Generalränge noch nach dem gleichen Verfahren besetzt würden. Wie bereits erwähnt, wurde aber das ganze Verfahren bereits 1968 grundlegend geändert. Wir können heute ganz objektiv feststellen, dass das Auswahlverfahren gut spielt, was weitere Verbesserungen natürlich nicht ausschliesst.

#### Auswirkung des Verrates

Ergänzend zur Antwort von Herrn Alfons Müller möchte ich darauf hinweisen, dass Jeanmaire verraten hat:

- 13 -

- umfassende Kenntnisse der Waffengattung Luftschutz
- Reglemente und Unterlagen dieser Waffengattung
- Angaben über die Gliederung von Einheiten beim Luftschutz
- Angaben über die Organisation von Territorialzonen und die Organisation der Gesamtverteidigung
- geheimste Unterlagen und Informationen über die Organisation der Kriegsmobilmachung
- Berichte über militärische Führer und Politiker.

Das ist der Rahmen, welcher der Oeffentlichkeit bekannt ist und der auch von Bundesrat Furgler in der Debatte im Nationalrat erwähnt wurde. Weiter sollten und dürfen wir nicht gehen.

Zur Frage nach den Auswirkungen des Verrates kann festgestellt werden, dass die militärischen Stellen ihre Verantwortung bereits wahrgenommen haben. Sie haben einen Spezialisten bestellt (Div. Feldmann), der in den Besitz sämtlicher Informationen gelangte, die Jeanmaire zugegeben hat. Er stand unserer Arbeitsgruppe ebenfalls zur Verfügung. Niemand weiss aber, ob Jeanmaire alles zugegeben hat. Das Schwergewicht liegt beim Luftschutz und eventuell bei der Territorialorganisation der Gesamtverteidigung. Es ist anzunehmen, dass der Verrat nicht so weit geht, dass Festungslinien und Festungsorganisationen neu angelegt werden müssen. Es ist auch zu berücksichtigen, dass in jeder Landesverteidigung dauernd Veränderungen vorgenommen werden. Was 1968 verraten wurde, ist 1978 nicht mehr im gleichen Umfang wichtig. Schwerwiegend ist aber der Verrat hinsichtlich Kriegsmobilmachung.

Zu einer Bemerkung von Herrn Kaspar Meier: Die Kommission konnte abklären, dass wahrscheinlich der Generalstabschef den Antrag zur Beförderung gestellt hat; er hat sich entsprechend geäußert; doch wurde - wie bereits erwähnt - kein Protokoll erstellt.

Zur Frage der Verantwortlichen: Von der KML 1968 sind drei Mitglieder gestorben; drei haben wir noch angehört, worunter auch Korpskdt Studer, der inzwischen ebenfalls gestorben ist. Was will man heute gegen diese 70- bis 80-jährigen Herren noch unternehmen? Eine Anklage könnte ohnehin nicht durch eine parlamentarische Kommission erfolgen.

Geheimhaltung: Herr Kaspar Meier hat mit Recht darauf hingewiesen, dass - was in der Arbeitsgruppe auch eingehend diskutiert wurde - man vielleicht allzu ängstlich ist mit der Klassifizierung von Dokumenten. Es wurde uns versichert, dass diese Frage überprüft werde. Beispiel: Man will das Reglement Kriegsmobilmachung, das für jeden Kompaniekommandanten eine

- 14 -

grosse Bedeutung hat und geheim ist, in der neuen Ausgabe so redigieren, dass es nicht mehr als geheim klassifiziert werden muss. In dieser Richtung wird die Ueberprüfung geheimer Dokumente fortgesetzt, damit nur als geheim bezeichnet wird, was wirklich diese Bezeichnung verdient. Natürlich gehören auch vertrauliche Dokumente nicht an die Oeffentlichkeit.

Qualifikationssystem: Diese Materie ist durch die Militärkommission zu behandeln. Die Arbeitsgruppe hat vielleicht zehn Prozent der Problematik festgestellt; der Rest muss durch die Militärkommission behandelt werden. Auf einen Punkt möchte ich Sie noch aufmerksam machen: Wir alle kommen im Laufe unserer politischen Tätigkeit immer wieder in Berührung mit Ungerechtigkeiten in Beförderungsfragen; doch sollten wir uns vor Verallgemeinerungen hüten. Einzelne Beispiele werden erwähnt und kritisiert, während Tausende von Fällen richtig spielen; davon spricht aber niemand. Die Fehldispositionen müssten jeweils ins richtige Verhältnis gesetzt werden.

M.E. sollte man auch den Hinweis auf Alkohol und Feste nicht überschätzen. Auch Herr Allgöwer musste bei seiner Befragung zugeben, dass dieses Trinken und Festen unter Offizieren jeden Grades hauptsächlich im ersten und z.T. auch im zweiten Weltkrieg üblich war. Auch er hat bestätigt, dass mit dem Abschluss des zweiten Weltkrieges sich vieles - wenn auch nicht schlagartig - geändert hat und die Trinkereien wesentlich zurückgegangen sind. Bei den heutigen Auszugstruppen - sei es im WK oder in den Ausbildungsdiensten - stellt der Alkohol kein Problem mehr dar. Die Beförderung zum Offizier ist ohne weiteres möglich, auch wenn der Anwärter überhaupt keinen Alkohol trinkt. Ich gebe zu, dass ausser Jeanmaire auch andere hohe Offiziere in Generalsränge aufgestiegen sind, die viel getrunken haben. Darunter gab es aber auch sehr tüchtige Offiziere. Beim Verrat Jeanmaires spielten auch noch andere Komponenten charakterlicher Art mit.

Es trifft zu - wie Herr Barchi erwähnte -, dass praktisch jeder Instruktionsoffizier eines Tages Oberst wird; nur ein kleiner Teil wird vorher ausgebootet. Ein Unterschied besteht jedoch darin, dass nicht jeder Instruktionsoffizier Regiments-, Brigade- oder Divisionskommandant wird. Hier findet doch eine gewisse Auslese statt. Die Zentralschule und die Generalstabskurse schaffen eine Barriere für Elemente, die nicht tüchtig und intelligent genug sind.

Zu den Methoden ausländischer Agenten: Die von Frau Blunschy aufgeworfene Frage wird vom EMD bearbeitet. Die Arbeitsgruppe hat darauf hingewiesen, dass die Geheimnisträger über die Methoden der Spionagetätigkeit aufzuklären sind, damit diese Offiziere genau wissen, wie sie sich zu verhalten haben.

- 15 -

Hr. Canonica: Aus der Diskussion glaube ich feststellen zu können, dass der Verratsfall Jeanmaire mit dem Gerichtsurteil als erledigt betrachtet werden kann. Die aus diesem Fall gezogenen Schlussfolgerungen müssen aber weiterbehandelt werden. Sie beziehen sich auf die Beförderungspraxis, die Kontrolle und die Spionageabwehr.

Zur Beförderungspraxis: Im Bericht spricht man von einer Verbesserung der Praxis, was aber noch keine optimale Lösung darstellt. Wann wird eine optimale Lösung erreicht sein? Welches sind die Auslesekriterien? Wer ist dafür zuständig und verantwortlich? Wer macht die Anträge? Nach welchen Kriterien erfolgen sie und wer entscheidet? Ist der Bundesrat das richtige Organ, um hier allein Beschlüsse zu fassen?

Wer übt die Kontrolle aus? Die Geschäftsprüfungskommission hat die Oberaufsicht über die Verwaltung. Wie funktioniert aber die Kontrolle bei der Armee? Besteht überhaupt ein Kontrollsystem? Welches Organ ist zuständig und welches sind dessen Kompetenzen?

Hr. Präsident Müller-Balsthal: Alle Fragen im Zusammenhang mit dem Qualifikationssystem müssen durch die Militärkommission behandelt werden. Bei der Frage, ob die Auslese straffer zu gestalten sei, ist auch die Notwendigkeit zu berücksichtigen, dass eine gewisse Anzahl Plätze zu besetzen sind: in jeder Rekrutenkompanie muss eine bestimmte Zahl von Unteroffizieren ausgezogen werden im Hinblick auf die nächste Schule. Dasselbe gilt für die Offiziere. Die Verantwortlichen befinden sich hier in einem gewissen Zwiespalt: auf der einen Seite möchten sie strengere Auslesekriterien anwenden und nur die Tüchtigsten auswählen, auf der andern Seite müssen die Plätze besetzt werden. Vielleicht muss nach neuen Methoden gesucht werden, um mehr Leute zu begeistern, Unteroffizier oder Offizier zu werden. Auch auf den höhern Stufen sollten sich mehr Leute zur Verfügung stellen, damit die Auslesemöglichkeit grösser wird und strengere Kriterien angewendet werden können. Dieses Problem muss weiter verfolgt werden.

Die Verantwortung für die Beförderungen liegt bei den Kommandanten. Dies ist auch in der Wirtschaft der Fall; die übergeordnete Stufe ist verantwortlich für die Auslese der Kader.

Die Frage der verbesserten Kontrolle wird die GPK behandeln müssen.

-----



- 16 -

Zum Bericht der Subkommission II

Hr. Müller-Luzern: Immer wieder ist die Frage aufgeworfen worden, warum es in einem kleinen Land wie die Schweiz bis zur Aufdeckung des Verrates Jeanmaire so lange dauern konnte. Diese Frage bildete denn auch den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Dazu einige zusätzliche Bemerkungen:

Die Bundesanwaltschaft erhielt einen Typ, ohne dass ein Name genannt wurde; man wies einzig darauf hin, dass es sich um einen Mann im Generalsrang handeln müsse, dessen Ehefrau in Russland geboren sei. Dies führte die Bundesanwaltschaft auf die Spur von Jeanmaire. Er wurde dann während eines Jahres rund um die Uhr beschattet; doch konnte während dieser Zeit sozusagen nichts Handgreifliches aufgedeckt werden; eine einzige Feststellung ermöglichte es schliesslich, zuzugreifen. Es handelte sich um ein Rendez-vous, das er telephonisch mit dem Chauffeur der russischen Botschaft vereinbarte. Bei der Hausdurchsuchung kam nichts Wesentliches zum Vorschein, höchstens ein paar lächerliche Dinge wie Manschettenknöpfe mit Hammer und Sichel und andere Kleinigkeiten. Dies zeigt, wie schwierig es trotz vollkommener Beschattung war, Beweismaterial zu sammeln. Ohne den Typ an die Bundesanwaltschaft wäre man Jeanmaire kaum auf die Spur gekommen.

Besuche Jeanmaires auf der russischen Botschaft: Die hohen Offiziere haben die Teilnahme an Botschaftsempfängen zu melden, was Jeanmaire stets getan hat. Derartige Einladungen sind bei den meisten Offizieren nicht sehr gefragt; doch sollte die Armee jeweils vertreten sein. Man war deshalb oft froh, dass Jeanmaire sich für diese Anlässe meldete. Er ist dabei nicht aufgefallen. Er ging aber nicht jeden Tag auf der russischen Botschaft ein und aus. Die Zeit, während welcher er mit Denissenko einen engern Kontakt pflegte, war verhältnismässig kurz. Denissenko hatte sowohl zu Jeanmaire wie zu seiner Frau eine freundschaftliche Beziehung aufgebaut. Frau Jeanmaire war von Denissenko sehr beeindruckt. Für sie verkörperte er den Typ des gebildeten und kultivierten Zarenoffiziers. Es trifft aber nicht zu, dass Frau Jeanmaire in diesem Verrat die schlimmere Rolle gespielt hätte. Die Freundschaft mit Denissenko dauerte nicht lange; er wurde abberufen und Jeanmaire hoffte, dass damit auch für ihn die Sache zu Ende sei. Der Nachfolger Denissenkos nahm aber mit Jeanmaire Kontakt auf und gab ihm zu verstehen, dass ein Aussteigen nicht mehr möglich sei, ohne denunziert zu werden. So war er gezwungen, gegen seinen Willen weitere Auskünfte zu liefern, was ihn offenbar empörte. Er hat die Kontakte mit der russischen Botschaft auf das Notwendigste eingeschränkt und konnte deshalb nicht auffallen.

Zu berücksichtigen ist auch der Unterschied zwischen Spionage und Verrat. Der Spion läuft stets Gefahr, aufzufallen, da er irgendwo Nachrichten beschaffen muss. Ein Verräter wie

- 17 -

Jeanmaire läuft dieses Risiko nicht. Er kann die gewünschten Angaben irgendwo deponieren. Wenn bekannt wird, dass gewisse Nachrichten weitergegangen sind, ist es ausserordentlich schwierig, den Verräter zu finden. So können während Jahren Nachrichten vermittelt werden, ohne dass sich der Schuldige irgendwie verdächtig macht. Erst der Hinweis, dass die Russen über Nachrichten verfügten, die nur von jemandem aus höhern Rängen stammen konnten, machte die Bundesanwaltschaft auf den Verrat aufmerksam. Der Typ, der aus dem Ausland kam, war nur sehr vage, führte aber doch auf die Spur von Jeanmaire.

Die häufigeren Kontakte Jeanmaires mit der russischen Botschaft beschränkten sich auf die Zeit Denissenkos. Die Botschaften werden zwar überwacht, jedoch nicht in einem vollkommenen Ausmass. Angesichts der vielen Botschaften in der Schweiz müssten wir hierzu einen riesigen Apparat aufziehen, was nicht möglich ist. Die Bundesanwaltschaft musste sich auch fragen, wie beispielsweise Parlamentarier reagieren würden, wenn über ihren Verkehr auf den Botschaften Buch geführt würde. Bei Jeanmaire Verdacht zu schöpfen, war fast ausgeschlossen, weil er seine Besuche offiziell meldete. Zur Frage, ob eine Ueberwachung der Besuche Denissenkos bei Jeanmaire möglich gewesen wäre: Im allgemeinen werden die CD-Wagen anhand eines Meldesystems in der ganzen Schweiz überwacht. Vermutlich ist Denissenko aber nicht im CD-Wagen zu diesen Besuchen gefahren. Es konnte auch keine Aktenübergabe festgestellt werden. Mit unserem Apparat wären wir Jeanmaire nicht auf die Spur gekommen.

Angaben über das Funktionieren unseres Apparates finden Sie in unserem Bericht: 200 Beamte sind in der Spionageabwehr tätig, wovon ein grosser Teil den kantonalen und städtischen Polizeikorps angehört, die mit Bern in Kontakt stehen und von dort mit Aufgaben betraut werden. In den grossen Städten wie Genf und Zürich sind diese Dienste verhältnismässig stark ausgebaut; doch hat jeder dieser Beamten auch andere Aufgaben zu erfüllen. Trotzdem kann festgestellt werden, dass dieses System sehr zweckmässig aufgebaut ist. Die Leute arbeiten an Ort und Stelle, wo sie die Verhältnisse kennen und dadurch effizienter sind, als wenn von Bern aus die ganze Schweiz betreut werden müsste. Unseres Erachtens genügt aber diese Organisation, besonders auch im Hinblick auf die verschiedenen internationalen Organisationen in Genf nicht. Wir haben Vertreter der grössern Kantone (Zürich, Bern und Genf) zu einer Aussprache eingeladen. Sie haben uns ihre Sorgen dargelegt und auch darauf hingewiesen, wie bescheiden sie vom Bund entschädigt werden, insbesondere Genf mit allen Umtrieben für die Ueberwachung des grossen Bestandes ausländischer Diplomaten bei den internationalen Organisationen. Stark handicapiert ist der Polizeiapparat in Genf zudem durch den Umstand, dass der ganze Bezirk der UNO exterritorial ist und nicht überwacht werden kann. Die erwähnten

- 18 -

200 Personen leisten einen hohen Einsatz; es werden verhältnismässig viele Fälle aufgedeckt; doch ist es nicht möglich, mit 200 Leuten, die in der ganzen Schweiz dezentralisiert sind, eine wirkungsvolle Spionageabwehr durchzuführen. Wir regen deshalb in unserem Bericht an, eine Verstärkung zu verlangen. Sämtliche Diplomaten vollständig zu überwachen, wird nie möglich sein. Man wird sich nach wie vor auf Teilüberwachungen beschränken müssen mit einer eventuellen Konzentration auf gewisse Botschaften. Wünschenswert wäre beispielsweise eine bessere Funküberwachung, was aber einige Millionen Franken kosten würde und beim heutigen Sparprogramm kaum realisierbar ist.

Unter Punkt 5.3 haben wir einige Vorkehren erwähnt, die im Fall Jeanmaire angeordnet wurden. Unseres Erachtens hat die Bundespolizei rasch und zweckmässig gehandelt. In der Frage, ob es richtig ist, einen Teil der aufgedeckten Spionagefälle nicht zu publizieren, hat sich die Subkommission II verhältnismässig rasch beruhigen lassen. Hier könnte die GPK tiefer eindringen, obschon sich Herr Bundesrat Graber sehr dagegen gewehrt hat. Die Publikation solcher Fälle hat stets zu Meldungen und Hinweisen aus dem Publikum geführt. Indessen befürchtet das Politische Departement Vergeltungsmassnahmen und verweist auf die politische Rücksichtnahme. Es wurde auch der Wunsch geäussert, man möchte den Jeanmaire-Bericht im Parlament nicht im Zeitpunkt des für die Dezember-Session erwarteten Besuches einer russischen Delegation behandeln. Müssen wir hier Rücksicht nehmen?

Nun möchte ich Sie noch über die Angelegenheit UNA (Unterabteilung Nachrichtendienst und Abwehr) der Gruppe für Generalstabsdienste orientieren. Der Bundesanwalt war zusammen mit den Instanzen des EMD auf die Idee gekommen, Jeanmaire im Hinblick auf eine lückenlose Ueberwachung in der UNA zu plazieren. Seine Dislozierung zur UNA hatte dann aber unerwünschte Auswirkungen. Informiert über dieses Vorgehen waren nur der Chef der UNA und der direkteste Vorgesetzte von Jeanmaire. Die Mitarbeiter merkten aber bald, dass etwas nicht stimmen konnte. Jeanmaire hat sich dort verdächtig gemacht. Als der Verrat von Jeanmaire bekannt wurde, waren die Leute der UNA erst recht beunruhigt. Sie befürchteten, Jeanmaire hätte während dieser Zeit Gelegenheit gehabt herauszufinden, wer unter Decknamen arbeitet, wer die UNA besucht und welches die Kontaktleute sind. Der Bundesanwalt erklärte aber, dass Jeanmaire genauestens überwacht wurde und dass alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren. Die Unruhe in der UNA ist aber geblieben und hat sogar dazu geführt, dass einige Mitarbeiter an eine konspirative Verknüpfung höher gestellter Persönlichkeiten mit Jeanmaire glauben. Sie sind der Auffassung, man habe mit der Plazierung Jeanmaires bei der UNA einen unverzeihlichen Fehler begangen.

- 19 -

Mitten in unsere Untersuchung hinein platzte die Nachricht, die Affäre Jeanmaire sei ein kleiner Fisch gemessen an einem viel grössern, der zu untersuchen sei. Leute der UNA sind an mich herangetreten mit der Behauptung, unsere Abwehr stehe im Dienste des Ostblocks und die Angelegenheit Jeanmaire sei unter diesem Aspekt zu untersuchen. Diese Behauptung bereitete uns grosse Sorge. Nachträglich macht uns das EMD den Vorwurf, diesen Mitteilungen Gehör geschenkt zu haben.

Der gegenwärtige Stand der Dinge: Durch die Plazierung Jeanmaires in der UNA, aber auch aus andern Gründen entstand in der UNA eine Nervosität, die in eine eigentliche Hexenjagd ausartete. Jeder verdächtigte jeden. Leute der UNA sammelten Verdachtsmomente gegen gewisse Personen und betrachteten es als ihre Pflicht, das Parlament über die unhaltbaren Zustände zu orientieren.

Die Leitung der UNA durch Div Weidenmann scheint nicht sehr glücklich gewesen zu sein; er kommandiert heute eine mechanisierte Division. Sein Nachfolger bei der UNA, Div Ochsner, hat die Dinge nun an die Hand genommen, um Ordnung zu schaffen. Ich habe in dieser Angelegenheit nach wie vor ein ungutes Gefühl; nicht dass ich den Verdächtigungen dieser Leute Glauben schenken würde. Vielmehr bin ich besorgt, dass an einer Stelle, wo Ordnung herrschen müsste, ein vollständiges Chaos und eine psychotische Stimmung entstanden ist. Gegenwärtig führt ein ausserordentlicher Untersuchungsrichter (Oberst Oswald aus Zürich) eine militärgerichtliche und eine administrative Untersuchung. Einer der kritischen Leute aus der UNA, Major Lüthi, weigert sich nach wie vor, diesem Untersuchungsrichter Auskunft zu geben, mit der Begründung, dieser Mann stehe in einer gesellschaftlichen Verbindung mit einem direkten Vorgesetzten der UNA; er wünscht nur vom Bundesanwalt selbst einvernommen zu werden. Wir (Pierre Aubert, Daniel Müller und ich selbst) haben mit einigen Bedenken Herrn Lüthi nochmals einvernommen; alle Akten wurden photokopiert. Die Tonbänder stellten wir der Bundesanwaltschaft zur Verfügung, die genauestens überprüfte, ob irgend etwas Neues dabei herausgekommen ist; dies scheint nicht der Fall zu sein, obschon Herr Lüthi die Akten als "dossier explosif" bezeichnete. Seine Darlegungen enthalten einige schwerwiegende Vorwürfe, die nun von Oberst Oswald untersucht werden. 40 Einvernahmen haben bereits stattgefunden.

Etwas beunruhigt hat mich auch die Tatsache, dass Leute, die die UNA verlassen haben und in die Affäre nicht verwickelt sind, einem unter der Hand sagen, dass wir gut daran täten, nicht alles vom Tisch zu wischen. Die Frage ist, ob man einen dieser frühern Mitarbeiter der UNA anhören sollte. Grundsätzlich widerspricht dies unserem Prinzip, nicht aktiv zu werden, solange eine Untersuchung läuft. Das EMD, vor allem die Generalität,

- 20 -

hat es uns bereits übel genommen, dass wir uns der Sache angenommen haben. Sie haben sogar das Gerücht verbreitet, ich hätte die Leute bestärkt in der Absicht, etwas zu unternehmen. Das ist absolut falsch und unzutreffend. Die Leute sind an mich als Präsidenten der Arbeitsgruppe herangetreten; selbstverständlich musste ich die andern Herren über die schwerwiegenden Vorwürfe orientieren. Inzwischen hat uns der Generalstabschef zugesichert, dass er durchgreifen werde, sobald das Untersuchungsergebnis vorliegt.

Zum Personalbestand der Botschaften: Die Subkommission II hat sich mit den erhaltenen Auskünften zufrieden gegeben und zur Kenntnis genommen, dass der Bundesrat jeder Einschränkung des Personalbestandes abgeneigt ist, weil einerseits Vergeltungsmassnahmen zu befürchten seien und andererseits die internationalen Organisationen in Genf in Mitleidenschaft gezogen würden. Unser Volk erwartet aber, dass das Parlament hier eine gewisse Einschränkung fordert. Wir schlagen deshalb vor, dieses Problem weiterzubehandeln.

Während unserer Untersuchung wurde in einer Berner Zeitung geschrieben, die Schweiz unterhalte mit der NATO geheime Beziehungen auf dem Gebiete der Nachrichtenbeschaffung. Das EMD wie auch der Gewährsmann der betreffenden Zeitung in Deutschland haben dies vehement dementiert. Es war dem EMD sehr daran gelegen, diesen Punkt klarzustellen; das Dementi wurde deshalb in unsern Bericht aufgenommen. Es trifft zu, dass keine amtlichen Beziehungen zur NATO bestehen; doch ist nicht zu bestreiten, dass unsere Nachrichtenleute mit möglichst vielen Nachrichtendiensten der ganzen Welt Kontakte pflegen, u.a. auch mit NATO-Leuten. Die Beziehungen spielen sich aber auf der persönlichen Ebene ab. Dass einige unserer Leute auch Beziehungen zu Nachrichtendiensten östlicher Staaten haben, führte zu grosser Unruhe.

Sicherheitsüberprüfung: Herr Bundesanwalt Walder wollte seinerzeit einen Fragebogen für die Leute der Bundesanwaltschaft einführen, der eventuell später auch für andere Geheimnisträger hätte eingeführt werden können. Er stiess dabei aber auf grossen Widerstand. Die Sache befindet sich weiter in Ueberprüfung. Die ausgearbeiteten Fragebogen für Leute in wichtigen Funktionen enthalten u.E. keine Fragen, die allzu sehr in die Intimsphäre eindringen, wie dies befürchtet wurde. Es würden sich daraus aber Anhaltspunkte ergeben, die im Laufe der Zeit gewisse Abklärungen ermöglichen würden. Leute in höhern, verantwortungsvollen Posten müssten es auf sich nehmen, diese Fragebogen auszufüllen und sich entsprechend überprüfen zu lassen. Dies scheint ein vernünftiges Verfahren zu sein; heikel ist jedoch die Frage, welche Funktionäre ein solches Formular auszufüllen hätten. Würde dies beispielsweise auch für die Herren Bundesräte gelten?

- 21 -

Hr. Präsident Müller-Balsthal führt ergänzend zur Angelegenheit UNA aus: Im Bericht wird die UNA nur in ca. vier Zeilen erwähnt. Das hat den besondern Grund, dass es im allgemeinen Interesse liegt, die Aufgaben und Funktionen dieser UNA nicht allzu sehr an die Öffentlichkeit zu ziehen. Das ist ein Instrument, das diskret handelt, den militärischen Informations- und Nachrichtendienst organisieren und vor allem für den Kriegsfall den militärischen Nachrichtendienst sicherstellen muss.

Zum Fall selbst: Ich möchte bestätigen, dass Generalstabschef Senn, der seit dem 1. Januar 1977 in seinem Amt ist, bei seinem Antritt diesen Fall übernommen hat. Er versicherte mir persönlich und hat dies in der Kommission bestätigt, dass er alles Interesse daran hätte, diese Stelle personell und technisch umzuorganisieren. Als direkt verantwortlicher Chef der UNA sei es seine Pflicht, die Ergebnisse der administrativen und strafrechtlichen Untersuchung abzuwarten, bevor er handeln könne. Das scheint uns auch richtig zu sein.

Unsere Arbeitsgruppe hat sich gegenüber Herrn Lüthi sehr zurückhaltend benommen und versucht, ihn auf die Administrativuntersuchung zurückzudrängen, indem wir darauf hinwiesen, dass die GPK nicht in ein laufendes Verfahren eingreifen könne. Wir haben Herrn Lüthi lediglich vorsichtshalber angehört. Selbst Herr Ständerat Aubert, der als guter Jurist bekannt ist, empfahl uns, Major Lüthi einmal anzuhören, vor allem um die Frage beantworten zu können, ob in diesem ominösen Dossier doch etwas enthalten sei, worauf die Exekutive von parlamentarischer Seite aufmerksam gemacht werden müsste. Es war nie die Meinung, ein eigenes Verfahren aufzuziehen. Man soll uns aber später nicht den Vorwurf machen können, es hätte "ein Stall ausgemistet werden müssen" und wir hätten die Chance verpasst, vom Parlament aus einzugreifen. Nach Anhörung von Lüthi kamen wir zum Schluss, dass wir ruhig die administrative und strafrechtliche Untersuchung abwarten können. Meines Erachtens ist dies für die GPK der einzig korrekte Weg.

#### Diskussion:

Hr. Barchi: Die mündlichen Ausführungen haben eine wertvolle Ergänzung zum Bericht gegeben. Dazu noch zwei Fragen:

1. Wenn zu Lasten von Div Weidenmann so schwerwiegende Vorwürfe gemacht werden, ist es erstaunlich, dass ihm das Kommando einer Division übertragen wurde. Ist hier nicht auch eine schwache Stelle im Beförderungssystem?
2. Warum wurde Jeanmaire ausgerechnet in die UNA plaziert? Wer hat dies angeordnet? Offensichtlich war dies ein Fehler; die Konsequenzen sind nun bekannt.

Ein grundlegendes Problem: Aus verschiedenen Quellen war zu hören, dass die Miliz-Nachrichtenoftiziere von der Führung der

- 22 -

UNA nicht begeistert sind. Als Laie in Sachen Spionageabwehr scheint es mir unzweckmässig, dass bei der UNA zwei Tätigkeiten durchgeführt werden: die Spionage und die Spionageabwehr. M.E. sollten diese Aufgaben getrennt werden. Der Dienst, der sich mit dem Nachrichtenaustausch beschäftigt, müsste von einer starken Persönlichkeit geleitet und direkt dem Bundesrat unterstellt werden.

Hr. Diethelm: Die Ausführungen von Herrn Alfons Müller haben in mir zusätzliche Unsicherheiten geweckt. Wie war es nur möglich, dass ein hoher Offizier während 14 Jahren die Verrätertätigkeit ausüben konnte, ohne dass man ihm auf die Spur kam? Bei Jeanmaire war ja sein Benehmen, sein Geltungsbedürfnis und sein übertriebener Hang zum Festen bekannt. Haben nicht Bundespolizei und Kontrolle versagt?

Ueber einen Abbau von Botschaften zu diskutieren, steht uns m.E. nicht zu.

Frau Ribi: Angesichts des grossen Personalbestandes auf den Botschaften und bei den internationalen Organisationen in Genf ist die Spionagemöglichkeit sehr gross. Es muss aber auf unserer Seite Leute geben, die ausplaudern. Leute, die in diesen internationalen Kommissionen mitwirken und Kontakt zu verschiedenen Ländern haben, sollten vorsorglich auf die damit verbundenen Gefahren aufmerksam gemacht werden. Der Schulung in Spionageabwehr sollte vermehrte Beachtung geschenkt werden.

Hr. König äussert sich zum Problem aufgrund seiner Erfahrungen im letzten Aktivdienst, während welchem er in der Spionageabwehr tätig war.

Es ist nicht möglich, alle Verräter aufzudecken. Der Apparat kann auch nicht so ausgerüstet werden, dass ein Verrat bereits am ersten Tag festgestellt werden könnte. Herr Müller hat richtig die Methoden geschildert, die hier angewendet wurden und erklärt, warum sie nicht zum Erfolg führten. Sicher wurde alles irgendwie Mögliche unternommen und sogar Methoden angewendet, die nicht unter die Lupe genommen werden dürfen. Aber nur so konnte Jeanmaire schliesslich überführt werden. Wie ich vom Nachrichtendienst her weiss, hat man oft wenig oder keine Beweise, wenn ein Verräter verhaftet wird. Das Gericht dagegen fordert für eine Aburteilung Beweise.

Der Nachrichtendienst ist normalerweise nicht am Spion selbst, sondern an der Wurzel des Spionagedienstes interessiert. Diese Wurzel hat verschiedene Aeste und es ist wichtig, hier möglichst tief eingreifen zu können. Ueber den Fall Jeanmaire müssen wir nicht mehr viel reden, wohl aber über die Organisation unserer Spionageabwehr. Nach dem letzten Krieg wurde diese dem Chef der Bundespolizei unterstellt; dies scheint mir falsch zu sein.

- 23 -

M.E. sollte die militärische Spionageabwehr in den Händen einer unabhängigen Instanz liegen, deren Leiter über weitgehende Vollmachten verfügt. Will man in der Spionageabwehr zum Ziel gelangen, so müssen gelegentlich Mittel eingesetzt werden, die nicht mit den üblichen Massstäben gemessen werden dürfen. In diesem Dienst sollten auch keine administrativen oder strafrechtlichen Untersuchungen durchgeführt werden, weil dadurch jede Tätigkeit gelähmt wird.

Entsprechendes gilt auch für die Persönlichkeit des Leiters. Hier soll nicht der militärische Grad entscheidend sein, sondern seine Ausbildung, Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten. M.E. käme hierfür nur eine Person in Frage, die von Berufs wegen mit dem Polizeidienst bestens vertraut ist, also beispielsweise der Kommandant eines grösseren kantonalen Polizeikorps.

Es scheint mir auch falsch zu sein, die Sicherheitsbeamten durch die Kantone zu bewahren; dies wäre Sache des Bundes, der nötigenfalls die Leute müsste auswechseln oder beschatten können. - Wichtig ist auch die Funküberwachung. Während des letzten Krieges haben die fremden Nachrichtendienste vor allem über den Funk gearbeitet.

Ich bin bereit, bei einer Kommissionsarbeit in dieser Richtung mitzuwirken.

Die Diskussion mit dem Politischen Departement über die Grösse der ausländischen Botschaften ist nicht Sache der GPK, sondern des Abwehrchefs und in erster Linie des Bundesrates.

Zusammenfassend möchte ich festhalten: Die Frage der Spionageabwehr ist eine Aufgabe, die eine Subkommission der GPK mit dem zuständigen Departementschef eingehend besprechen sollte. Was ich über die UNA gehört habe, hat mich erschüttert. M.E. haben wir im heutigen Zustand überhaupt keine Abwehrorganisation, die etwas leisten könnte.

M. Corbat: Ce rapport met en évidence certaines carences de notre État en matière de protection. On nous dit que la majorité des activités d'espionnage est le fait des pays de l'Est, mais je dirais que cette majorité est le fait des dictatures, qu'elles soient de gauche ou de droite car celles-ci ont besoin, par la voie de l'espionnage, de discréditer les démocraties pour se mettre en évidence. Tout cela est pratiqué à tous les niveaux et qu'avons-nous fait et que faisons-nous pour essayer de résister à cette pression énorme? Eh bien, nous avons environ 200 fonctionnaires qui travaillent dans ce domaine et encore ils ne sont pas à plein temps! Je crois que c'est s'illusionner que de penser que ces moyens sont suffisants. En outre, il nous est dit qu'un tiers des cas d'espionnage n'ont pas été dévoilés sur la demande du département politique par crainte de mesures de rétorsion. Cela je ne puis le comprendre et j'aimerais que le rapport aille plus loin car, enfin, de quoi a-t-on



- 24 -

peur? M. Diethelm a dit que nous n'avons que très peu de relations économiques avec ces pays, qu'elles sont à sens unique et à leur bénéfice. En vérité nous n'avons aucune crainte à avoir et je pense que dans ce cas la neutralité a bon dos et que dans ce sens elle confine souvent au laisser-aller. De plus on nous dit aussi qu'on ne saurait contester que certaines missions étrangères disposent de beaucoup trop de personnel, mais aussitôt on corrige et on ajoute que des mesures portant sur les effectifs de ces missions seraient arbitraires et inefficaces, et qu'ici aussi on craint des actes de rétorsion. Alors qui craint-on, de quoi a-t-on peur? Je pense qu'il est dangereux de permettre à ces dictatures de pratiquer, à l'aide d'un très grand nombre d'agents, l'espionnage sur notre sol. Nous devons nous défendre contre ces activités et il est temps de le faire.

Ce rapport démontre des lacunes très grandes, que l'Etat et le Conseil fédéral n'entreprennent rien dans ce domaine, le parlement pas davantage, par crainte de ces mesures de rétorsion. Nous recevons - nous parlementaires du monde occidental - des invitations provenant de ces dictatures qui ont besoin de se refaire une image dans le monde. Nous nous rendons dans ces pays - tourisme gratuit - et presque toujours nous chantons les louanges de ces régimes que nous avons vus de manière unilatérale car nous n'avons vu que ce que l'on a bien voulu nous montrer. Je crois qu'à ce sujet un mot pourrait être aussi dit, car il me paraît plus dangereux de chanter les louanges de ces pays que de constater que certains employés subalternes de certaines missions n'ont peut-être pas toute la discrétion désirée.

Notre peuple en a quelque peu assez et souhaiterait que notre neutralité soit plus vigilante, que des mesures soient prises. Nous devrions profiter de ce rapport pour demander une plus grande vigilance et je ne vois pas qui il faut vraiment ménager dans ce genre d'affaires. Plutôt que d'aller faire les polichinelles auprès de ces Etats, nous ferions mieux de défendre la démocratie et celle-ci se défend aussi au-dedans d'elle-même, car il arrive un moment où la liberté de son voisin doit être protégée. J'espère que notre commission, dans son rapport, aura les mêmes sentiments pour demander des mesures plus efficaces pour nous protéger du chantage et des pressions que nous subissons.

Hr. Gut: Die heutige Diskussion ist eine Illustration zu den mit Prof. Eichenberger geführten Gesprächen. Bei der UNA geht es u.a. um die Anzeige eines subalternen Beamten. In diesem Fall konnte man sicher nicht zuwarten, bis der Dienstweg bis zum Chef EMD durchgespielt war. Unsere Kommission hatte die Pflicht, rechtzeitig abzuklären. Mit Herrn König bin ich der Auffassung, dass hier eine Subkommission der GPK dieses Problem behandeln sollte.

- 25 -

Wie im Bericht und auch in der mündlichen Orientierung erwähnt wurde, arbeiten ca. 200 Leute in der Spionageabwehr, ein Teil davon in den Kantonen; beim Bund sind es offenbar nur 40. Unsere Kommission müsste sich dafür einsetzen, dass der Personalbestand der Bundesanwaltschaft trotz Personalstopp verstärkt werden kann.

Wurden in der UNA inzwischen Leute suspendiert, oder kann jeder weiterarbeiten? Um welche Tatbestände handelt es sich bei der strafrechtlichen Untersuchung? - Nach Aussagen von Herrn Barchi soll Herr Weidenmann belastet sein, kommandiert nun aber eine Division. Wie ist dies möglich? Nachfolger von Herrn Weidenmann bei der UNA ist ein bewährter Kommandant einer mechanisierten Division. Weist er aber auch die nötigen Qualitäten als Kriminalist auf?

Abschliessend möchte ich darauf hinweisen, dass die interne Wachsamkeit nicht allzu klein geschrieben werden darf. Als freie Demokraten kommen wir dabei aber in einen gewissen Konflikt, weil wir uns gegen Schnüffeleien sträuben. Im roten Zivilverteidigungsbüchlein hat der Bundesrat anschaulich dargestellt, wie der Versucher umgeht und auf welcher harmlosen Weise die Leute angesprochen werden. Bedenklich sind aber Äusserungen wie beispielsweise im Film "Der Landesverräter Ernst S", wo gesagt wird "dann wurde er (Ernst S) von einem Kollegen verraten". Hier wird einer als Verräter hingestellt, der Unkorrektheiten seines Kameraden S meldete!

Unsere Berichterstatter im Rat werden die Aufgabe haben, unser Volk für eine gewisse Wachsamkeit zu motivieren, um zu verhindern, dass Verräter jahrelang unentdeckt tätig sein können.

Hr. Sauser ist ebenfalls befriedigt vom ausgezeichneten Bericht von Herrn Alfons Müller. Dazu noch einige Fragen:

Ist der Wirbel in der UNA, der nun auch in der Presse seinen Niederschlag gefunden hat, nur auf die Plazierung von Jeanmaire in dieser Abteilung zurückzuführen oder herrschte schon vorher Uneinigkeit auf diesem Amt?

Wurden die Leute nachträglich nicht genau orientiert, warum Jeanmaire bei der UNA plazierte wurde? Damit hätte sich auch die Aufregung wieder glätten sollen.

Was funktioniert heute noch in der UNA? Wenn administrative und strafrechtliche Untersuchungen laufen, kann man sich fragen, ob sich dies nicht so negativ auswirkt, dass jeder gegen jeden arbeitet.

Ich bin mit Herrn Corbat der Meinung, dass wir nicht auf eine ausländische Delegation Rücksicht nehmen müssen bei unsern Debatten im Rat. Dem Politischen Departement wäre klar zu machen, dass sich das Parlament von solchen Ueberlegungen nicht beeinflussen lässt.

- 26 -

Hr. Canonica: Wie der Fall Jeanmaire zeigt, ist die Abwehrtätigkeit wichtig. Die Schweiz steht im Ruf ein günstiges Land für Spionage zu sein. Dabei sollte aber nicht der Eindruck entstehen, dass nur die Oststaaten Spionage betreiben.

Zur Frage der Abwehr: Kann diese Tätigkeit heute noch nach den Kriterien des zweiten Weltkrieges beurteilt werden? Die Technologien und Methoden haben sich geändert. Heute ist die Abwehr nicht mehr eine Laientätigkeit, die von der Miliz ausgeführt werden kann. Es stellt sich deshalb die Frage, ob wir zur Erfüllung der Abwehraufgaben nicht eine Berufsorganisation aufbauen sollten.

Wir setzen aber m.E. heute die Akzente falsch. Im Moment ist nicht die Spionagetätigkeit zu fürchten, sondern die Tatsache, dass die Schweiz zum Drehplatz für terroristische Tätigkeit geworden ist. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Deutschland mussten wir feststellen, dass sich die Terroristen lange Zeit in der Schweiz aufhielten, hier Waffen kauften und sich Munition und Sprengstoff aus Armeelagern beschafften. Auch Leute der italienischen Mafia, die kriminell tätig sind, finden in der Schweiz Asyl und erhalten schliesslich die Aufenthaltsbewilligung. Hier ist die Problematik, die heute im Vordergrund steht, und nicht die Spionageabwehr. Zusammenfassend stelle ich die Fragen:

- Miliz- oder Berufsabwehr?
- Was wird unternommen, um zu verhindern, dass die Schweiz zur Drehscheibe für terroristische Tätigkeit wird?

Hr. Bratschi kommt zu folgenden Schlussfolgerungen:

Die Beförderungsfragen in unserer Armee dürfen nicht einfach unsern Generalinstruktoren überlassen werden. Die in diesem Zusammenhang behandelten Probleme sind von der Militärkommission weiter zu verfolgen.

Spionage und Spionageabwehr sind schmutzige Aufgaben und eng mit Schnüffelei verwandt. Hier müssen wir in unserer Demokratie auch Grenzen setzen können. Es ist Aufgabe der GPK, diese Aufgabe an die Hand zu nehmen. Natürlich können wir uns nicht in Einzelfälle einmischen; doch werden wir uns überlegen müssen, welche Empfehlungen an die Exekutive weiterzuleiten sind.

Hinsichtlich Terrorismus wurde sicher in den letzten Jahren zu wenig unternommen. Ich hatte Gelegenheit, mit dem Nachfolger von Herrn Hubak zu sprechen, der die Meinung vertritt, dass der ganze Terrorismus innert kürzester Frist erledigt wäre, wenn gewisse bekannte Leute festgenommen werden könnten. Rein theoretisch ist dies möglich; praktisch würde man aber mit den Polizei- und Rechtsvorschriften in Konflikt kommen. Deshalb bin ich

- 27 -

der Meinung, dass wir die Spionageabwehr und die Tendenzen Richtung Polizeistaat nicht einfach der Exekutive überlassen dürfen. Die GPK sollte diese Angelegenheit weiter verfolgen und einer Sektion einen entsprechenden Auftrag erteilen.

Die heutige Abwehrorganisation - Bundespolizei - ist sehr bescheiden: ca. 30 Bundespolizeiinspektoren, welche die Abwehr über das ganze Land leiten, mit Unterstützung der städtischen und kantonalen Kriminalpolizeiverbände; dies ist vollkommen unzureichend. Wenn wir hier gründliche Arbeit leisten wollen, bin ich mit Herrn Gut der Auffassung, dass eine Verstärkung der Organisation beim Bund unumgänglich ist.

Hr. König auf die Fragen von Herrn Canonica: Die Spionage ist eine Art Kriegsführung, die bereits vor einem Kriegsausbruch beginnt. Es wäre falsch, wenn wir nicht den Mut hätten, eine gute Abwehrorganisation zu unterhalten, die in den Händen eines Mannes liegt, der weiss, wo die Grenzen liegen und der dafür die Verantwortung trägt mit dem Risiko, dass er eines Tages kritisiert wird. Wenn eine Persönlichkeit für diese Aufgabe eingesetzt werden kann, so muss man ihr das Vertrauen schenken.

Mit der Spionageabwehr ist auch die Sabotage-Abwehr verbunden; dazu gehören auch die Diebstähle und Einbrüche in Munitionslager und Waffenlager und bis zu einem gewissen Grad auch der Terrorismus. Ich warne davor, dass wir uns durch die Entwicklung auf dem Sektor Terrorismus blenden lassen und die Spionageabwehr vernachlässigen, die ein Teil unserer Landesverteidigung darstellt.

M. Jelmini: L'espionnage est une recherche d'informations et celui qui le pratique doit être payé. Que doit-on faire pour s'en protéger? Il faut tout d'abord contrôler les secrets, ceux qui les détiennent et dans le rapport Müller, il manque quelque chose à ce sujet. Comment fonctionne le problème du secret et la classification des actes n'est-elle pas exagérée? J'ai en effet l'impression qu'en ce qui concerne les questions militaires on a l'habitude de classer comme secrètes des choses qui ne le sont pas, de plus de donner à des personnes qui ne peuvent pas être contrôlées des documents eux secrets et qui peuvent être vus par des gens qui ne devraient pas y avoir accès. C'est une question qu'il aurait fallu davantage approfondir.

La réglementation sur le traitement du secret dans l'armée est bonne, mais ce qui manque c'est son usage et il faudrait savoir s'il n'y a pas là quelques exagérations. Lorsque des personnes sont en possession de secrets, celles-ci devraient être contrôlées à l'intérieur de l'armée sur leurs relations et quelles sont leurs possibilités de trahir.

- 28 -

Il faut conclure de cette affaire qu'il faut éviter que des informations qui sont très importantes pour nous puissent passer à des tiers, qu'ils soient de l'Est ou de l'Ouest. Le centre de nos préoccupations doit être que les secrets ne puissent sortir d'où ils se trouvent.

Hr. Präsident Müller-Balstahl: Vorerst möchten wir nochmals klarstellen: Die Arbeitsgruppe Jeanmaire hat viele Sitzungen abgehalten, viele Informationen erhalten und viele Leute angehört, u.a. auch die Organe der kantonalen Polizeikorps, so dass sich bei uns eine Informationsfülle angesammelt hat, woraus sich ein grosser Unterschied zu den übrigen Kommissionsmitgliedern ergibt.

Bei der Behandlung der militärischen Seite des Falles Jeanmaire wurde festgestellt, dass gewisse Informationen nicht veröffentlicht werden dürfen, bei andern müssen wir sehr zurückhaltend sein. Dasselbe gilt für die Spionageabwehr. Es gibt Informationen, worüber die Öffentlichkeit orientiert werden muss; bei andern ist Zurückhaltung am Platz, um der Sache nicht zu schaden.

In Friedenszeiten liegt die Verantwortung für die Spionageabwehr nicht beim Chef der UNA, sondern beim Bundesanwalt, dem die Bundespolizei unterstellt ist. Der Chef der Bundespolizei, Herr Oberst Amstein, verfügt nicht nur über seine eigenen Leute, sondern darüber hinaus auch über den Einsatz gewisser Teile der kantonalen Polizeikorps. Es sind ihm insgesamt ca. 200 Leute unterstellt, die aber nur zu einem Teil mit Aufgaben der Abwehr betraut sind.

Die UNA ist daneben die eigentliche militärische Organisation, die alle Vorbereitungen organisatorischer Art zu treffen hat, damit der Nachrichtendienst und die Spionageabwehr im Krieg oder in Notzeiten funktionieren. Wenn heute ein militärischer Spionagefall zu behandeln ist, so hat nicht der Chef UNA, sondern der Bundesanwalt die entsprechenden Dispositionen zu treffen.

Die Abteilung Abwehr der UNA ist ebenfalls Herrn Oberst Amstein unterstellt. Seine Doppelfunktion hat den Vorteil, dass Doppelspurigkeiten vermieden werden; doch bringt sie auch gewisse Nachteile mit sich. Diese Lösung lässt sich aber verantworten, da sich die UNA in Friedenszeiten in einer gewissen Ruhestellung befindet. Die Frage von Herrn König, ob diese Abwehr funktioniert, darf - etwas abgeschwächt - sicher gestellt werden. Wie wir feststellen konnten, funktioniert die Spionageabwehr unter der Verantwortung des Bundesanwaltes in Friedenszeiten ausgezeichnet. Die Einschränkungen beziehen sich auf das Ausmass des personellen Einsatzes. Die Arbeitsgruppe vertritt die Meinung, dass trotz Sparprogramm und Personalstopp hier

- 29 -

die nötigen Schritte zur Verstärkung des Personalbestandes unternommen werden müssten.

Die UNA umfasst ca. 300 Leute, u.a. Miliz-Offiziere, -Unteroftiziere und -Soldaten, die jedes Jahr ihren Dienst leisten und ausgebildet werden. Dem Chef UNA sind auch die Militärattachés unterstellt (ca. 10 - 15), die von ihm die Instruktionen erhalten und die mit ihm in ständiger Verbindung stehen. Es muss aber wiederholt werden, dass die Schweiz keine Spionage betreibt; auch die Militärattachés haben die ausdrückliche Weisung, keine Spionage zu betreiben. Der Informationsaustausch ist natürlich gestattet. Herr Div Weidenmann hat uns anlässlich einer Sitzung erklärt, dass die Militärattachés genügend Informationen erhalten, wenn sie alle Fachblätter, Zeitungen und Publikationen konsultieren.

Es lag mir daran klarzustellen, wie die friedensmässige Spionageabwehr funktioniert. Ob die UNA ausgemistet werden muss, wird die Untersuchung ergeben.

Hr. Müller-Luzern: Wenn man nach Schuldigen suchen wollte, weil der Fall Jeanmaire so lange nicht aufgedeckt wurde, dann würde dies nicht den Chef der UNA betreffen, sondern die Bundespolizei. Wie erwähnt, ist in Friedenszeiten die Bundesanwaltschaft, vertreten durch Herrn Amstein als Chef der Bundespolizei verantwortlich für die Spionageabwehr. Die UNA wirkt mit und sammelt Nachrichten; dies betrifft die Sektion Auslandnachrichten (Oberstlt Ramser) und die Sektion Spezialdienst (Major Lüthi) sowie eventuell die Abteilung Abwehr (Oberst Amstein)

In unserer Diskussion hat die UNA nun zwangsläufig ein stärkeres Gewicht bekommen, obschon sie eher am Rande der Jeanmaire-Angelegenheit steht. Der Fall UNA ist aber noch nicht abgeschlossen; es muss noch Remedur geschaffen werden, und wir erwarten noch einige zusätzliche Informationen.

Zum Hinweis von Herrn Barchi, dass Div Weidenmann nun eine Division der mechanisierten Truppen kommandiert: Herr Weidenmann war schon vorher Divisionär; er ist nicht befördert, sondern versetzt worden. Merkwürdig bei der UNA scheint mir, dass die wichtigsten Posten nur temporär besetzt werden. Die Sektionschefs sind beispielsweise nur ein oder zwei Jahre dort tätig und werden dann in die Truppe zurückversetzt. Beim Militär unterstreicht man den Vorteil, dass die Leute Einblick in diese Tätigkeit erhalten und mit diesem Wissen zur Truppe zurückkehren. Ich persönlich sehe darin einen krassen Nachteil. Die GPK müsste sich mit dieser Frage ebenfalls näher befassen.

Die Anspielung auf die Unzufriedenheit bei den Milizleuten der UNA (Hr. Barchi): Wir haben Herrn Claudius Alder in der Subkommission II angehört, da er zur sog. "Viererbande"

- 30 -

(Ausdruck der UNA für einige "aufständische" Milizoffiziere, die einen Rapport über die Mängel bei der UNA machten) gehörte. Herr Alder wurde in der Diskussion durch den Generalstabschef stark zurückgebunden, da er einen Zustand kritisierte, der heute nicht mehr besteht. Später wurde die "Viererbande" zu einer Aussprache eingeladen, die mit Bezug auf den Milizbereich eine weitgehende Übereinstimmung brachte. Direkt kritisiert wurde Oberst Hoffet, der zuständig ist für die Abteilung Nachrichtendienst.

Bei der strafrechtlichen Untersuchung scheint es vor allem um die Abklärung zu gehen, ob Major Lüthi berechtigt war, Akten, die "geheim" klassifiziert waren, der GPK auszuhändigen. Wir haben Herrn Lüthi weitgehend gedeckt, da die GPK mit besonderen Vollmachten ausgestattet ist. Die Tatsache, dass ein Beamter der GPK Auskunft gibt, darf nicht als strafbare Handlung qualifiziert werden. Leider sind aber auch Mitteilungen, vielleicht sogar Akten, an die Presse gegangen. Es geht auch um den möglichen Straftatbestand, dass Mitteilungen, die wir von andern Nachrichtendiensten erhielten, weitergegeben wurden; dieser Punkt wird von Lüthi kritisiert. Ob dies zutrifft, wird die Untersuchung zeigen. Die Vorwürfe richten sich nicht gegen Div Weidenmann, obschon er in die Untersuchung einbezogen wird. Der Untersuchungsrichter hat einen Katalog von ca. 30 Fragen aufgestellt, die er Div Weidenmann stellen wird. Ich selbst kritisiere, dass Weidenmann die Dinge heute aus der Distanz betrachten kann, während andere zur Rechenschaft gezogen werden. Die Führung war m.E. schlecht. - Einige Sektionen funktionieren weiter. Stark in Mitleidenschaft gezogen sind die Sektion Spezialdienst und die Sektion Auslandnachrichtendienst. Es wurden Leute suspendiert (u.a. Major Lüthi); ob man die richtigen suspendiert hat, ist eine andere Frage. Ein Hauptmann und ein Leutnant haben die UNA von sich aus verlassen.

Für die Plazierung von Jeanmaire in der UNA übernehmen der Bundesanwalt und der Generalstabschef die volle Verantwortung. Sie waren sich des Risikos bewusst; doch sind sie von der Richtigkeit dieses Vorgehens überzeugt. Ich sehe keinen Grund, dies nicht zu respektieren, auch wenn sich diese Lösung nachträglich als Störfaktor erwiesen hat. Die Leute der UNA wurden nachträglich orientiert. Major Lüthi ist aber nicht der einzige, der nun kritisiert. Diese Leute zweifeln nun an allem und sammeln gegen alle Verdachtmaterial. Es werden Kombinationen angestellt, die m.E. zu weit gehen. Wir sind aber nicht in der Lage, die Richtigkeit dieser Ideen abzuklären.

Zu Herrn Diethelm betreffend Ueberwachung der Offiziere: Die Offiziere werden nicht überwacht. Dabei ist zu bedenken, dass die Ueberwachung einer Person während 24 Stunden am Tag vier Personen erfordert. Zur Ueberwachung der militärischen

- 31 -

Führungsorgane und auch der Diplomaten wären Tausende von Beamten nötig. Das können wir uns nicht leisten. Unsere Abwehrleute haben u.a. die Aufgabe, mit den ausländischen Militärattachés in Kontakt zu stehen, wie auch unsere Militärattachés im Ausland die Kontakte pflegen müssen. Darin liegt noch nichts Verdächtiges. Fraglich ist höchstens, ob unsere Leute raffinierten Agenten gegenüber genügend geschult sind. Aus dem Fall Jeanmaire ist sicher die Lehre zu ziehen, dass unsere Leute immer wieder informiert werden müssen, wie Spionage beginnen kann, und was zu tun ist, wenn man zu weit gegangen ist. Jeanmaire hätte noch lange Zeit die Möglichkeit gehabt, mit einem blauen Auge davon zu kommen.

Zur Frage der Funküberwachung: Diese Aufgabe ist heute viel schwieriger als während des zweiten Weltkrieges. Durch ein Rappersystem geht eine Botschaft von 20 - 30 Minuten heute als kurzes Störgeräusch über den Funk. Zum Zerlegen und Dechiffrieren ist eine Riesenapparatur notwendig. Wichtig wäre zu überwachen, woher die Funksprüche kommen.

Der grösste Teil der Spionagefälle betrifft die Oststaaten und andere Diktaturstaaten. Spionage zugunsten von westlichen Staaten war keine zu verzeichnen. Der Nachrichtendienst betrifft nur zu einem Teil militärische Fragen; viel umfangreicher ist die Wirtschafts- und Personenspionage.

Terrorismus: Ein Zusammenhang besteht eventuell bei der Beschaffung von Ausweispapieren. Die Oststaaten sind sehr daran interessiert, Pässe und andere Ausweise zu erhalten. Dasselbe gilt für die Terroristen. Ob hier eine Zusammenarbeit besteht, wissen wir nicht.

Haltung der Sowjetunion zum Fall Jeanmaire: Die Russen haben sich sehr eigenartig benommen. Im Vorfeld des Prozesses begann eine richtige Propagandaaktion; eine Journalistengruppe aus der Westschweiz wurde in Moskau empfangen; Denissenko wurde extra aus dem Ural nach Moskau beordert, um vor den Journalisten zu erklären, wie lächerlich die Verdächtigungen gegen Jeanmaire seien; er habe die besten freundschaftlichen Beziehungen zu ihm gehabt. Die russische Presse hat zweimal in die Aktion eingegriffen und den Fall Jeanmaire als eine geradezu groteske Beschuldigung dargestellt. Das hat dazu geführt, dass auch in der Schweiz gewisse Leute unsicher wurden und bereit waren, den Russen Glauben zu schenken. Nach dem Urteil von Lausanne herrschte plötzlich Stillschweigen in Moskau. Sowohl für den Bundesrat wie für den Bundesanwalt ist es schwierig, das Vorgehen der Russen richtig zu deuten.

Zu Herrn Sauser betreffend Presseskandal UNA: Ursprünglich glaubten wir, Major Lüthi habe die Akten selber der Presse ausgeliefert. Heute ist auch die Bundesanwaltschaft überzeugt, dass



- 32 -

dies nicht der Fall war. Ich hatte Kontakt mit andern Leuten, die mit dem Gedanken spielten, die Presse zu orientieren. - Ich habe die mir zugestellten Dossiers zu Hause wie Sprengstoff gehütet und war sehr empört, als der "Blick" mir mitteilte, er sei von einer andern Seite informiert worden und beabsichtige, diese Dinge aufzudecken. - Die Sache konnte durch den Generalstabschef noch rechtzeitig kanalisiert werden, wodurch grösseres Unheil verhindert wurde.

Hr. Präsident Müller-Balsthal: Es wäre falsch, wenn wir nun die Situation UNA im Verhältnis zum ganzen Bericht Jeanmaire in die falschen Relationen setzen würden. Verantwortlich für die Spionageabwehr sind in erster Linie der Bundesanwalt und die Bundespolizei; die UNA spielte im Fall Jeanmaire eine untergeordnete Rolle. Vorläufig lassen wir die administrative und strafrechtliche Untersuchung laufen. Sobald der Bericht vorliegt, werden wir davon Kenntnis erhalten. Eventuell könnten dann der Generalstabschef und der neue Chef UNA zu einem Gespräch mit unserer Kommission eingeladen werden.

Zu Herrn Canonica: Ich bin ebenfalls der Meinung, dass die Terrorszene Schweiz ein grosses Problem darstellt; doch hatte sich die Arbeitsgruppe Jeanmaire mit diesem Thema, das bereits mehrmals aufgegriffen worden ist, nicht zu befassen.

Zu Herrn Corbat: Sicher sollten wir Retorsionsmassnahmen nicht allzu sehr fürchten; doch ist mit solchen zu rechnen.

Bei der Beurteilung der Grösse von Botschaften sollten wir nicht allzu ängstlich sein. Es gilt auch hier die Relationen zu sehen. Die amerikanische Botschaft in der Schweiz verfügt über mehr Diplomaten als die russische. Doch muss berücksichtigt werden, dass die östlichen Staaten unter anderem Titel sehr viel Personal einschleusen. Wie ich einem Vortrag von Herrn Bundesanwalt Gerber entnommen habe, kommen jährlich zwei- bis dreitausend russische Touristen in die Schweiz, um vor allem die internationalen Organisationen in Genf zu besuchen. Damit sind zahllose Möglichkeiten für Kontakte gegeben.

Zur Frage betreffend Div Weidenmann: Wie Herr Barchi richtig bemerkte, kann man sich die Frage stellen, warum Weidenmann ausgerechnet Kommandant einer mechanisierten Division wurde. Damit hat er einen der wichtigsten Posten erhalten, auf den so mancher Kommandant vergeblich wartet. Diese Frage wird man erst wieder stellen können, wenn bekannt ist, wie Weidenmann aus dem Untersuchungsverfahren hervorgeht.

-----

- 33 -

Weiteres Vorgehen

Nach eingehender Diskussion wird beschlossen:

1. Die Feststellungen, Empfehlungen und Anträge des Berichtes sind klar auseinander zu halten und dem Rat schriftlich zu unterbreiten.
2. Die Weiterbehandlung der verschiedenen Probleme erfolgt durch  
die Geschäftsprüfungskommission:
  - die aussenpolitischen Aspekte der Spionagetätigkeit, Kontakte mit Diplomaten, Auslandsreisen etc.
  - Organisation und Verstärkung des Nachrichtendienstes und der Spionageabwehr,
  - Angelegenheit UNA, sobald sie spruchreif ist,
  - Geheimhaltung;
 die Militärkommission:
  - Qualifikationswesen, objektivere Kriterien,
  - Beförderungspraxis,
  - Vorschläge für Generalstabskurse,
  - militärische Massnahmen als Folge des Verratsfalles.
3. Die Debatte über die Angelegenheit Jeanmaire soll in der Dezember-Session erfolgen. Welche Bundesräte bei der Behandlung des Berichtes anwesend sein sollen, hat der Bundesrat zu entscheiden.
4. Dienstag, den 29. November, vormittags um 9 Uhr, findet eine Kommissionssitzung statt, damit sich die Mitglieder zu den dem Ratsplenum zu unterbreitenden Anträgen äussern können.
5. Referenten im Plenum werden sein: Herr Präsident Müller-Balsthal und Monsieur Corbat. Zu gewissen Fragen wird der Präsident der Arbeitsgruppe, Herr Müller-Luzern, Stellung nehmen.

---

Die Protokollführer:

*E. Wächtler*  
*M. J. J. J.*

P r e s s e m i t t e i l u n g

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hat unter dem Vorsitz von Herrn Nationalrat D. Müller-Balsthal (R) am 14./15. November den Bericht der Arbeitsgruppe Jeanmaire beraten. Sie würdigte ihn als wertvollen Katalog und gründliche Analyse der durch den Verratsfall aufgeworfenen Randprobleme, die zum Teil nochmals eingehend durchleuchtet wurden. Die Kommission schliesst sich grundsätzlich den Forderungen der Arbeitsgruppe an, wird jedoch anlässlich der Beratung in der Dezembersession einige eigene Akzente setzen. Nach ihrer Auffassung gilt es, die Konsequenzen aus dem Verratsfall rasch zu ziehen. Sie wird dem Rate konkrete Vorschläge für das weitere Vorgehen unterbreiten.

Geschäftsprüfungskommission  
des Nationalrates

C o m m u n i q u é d e p r e s s e

Lors d'une séance qui s'est tenue les 14 et 15 novembre 1977 sous la présidence du conseiller national D. Müller-Balsthal (rad.), la Commission de gestion du Conseil national a examiné le rapport du "Groupe de travail Jeanmaire". Elle a reconnu que ce rapport constituait un utile exposé et une analyse approfondie des problèmes connexes que soulève la trahison de Jeanmaire, dont certains ont été à nouveau passés au crible. La commission se rallie en principe aux exigences formulées par le Groupe de travail, mais elle mettra encore l'accent sur quelques points au cours des délibérations auxquelles le rapport donnera lieu durant la session d'hiver. Elle est d'avis qu'il importe de tirer rapidement les enseignements qui se dégagent de cette affaire. Elle fera des propositions au conseil sur la marche à suivre.

Commission de gestion  
du Conseil national